

FBP-Vorschlag zur AHV-Sicherung: «Abwägung ohne Zahlen schwierig»

Nachgefragt Die Reaktionen der Parteien zum dreiteiligen Vorschlag der FBP-Fraktion zur langfristigen Sicherung der AHV fallen zurückhaltend aus. Man sei gespannt auf die detaillierte Vorstellung im März-Landtag.

VON HANNES MATT

Mittels dreiteiligem Lösungsweg möchte die FBP-Fraktion die AHV langfristig sichern – also gewährleisten, dass der AHV-Fonds per 2038 wieder auf über fünf Jahresausgaben ansteigt. So sind von der FBP höhere Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge angedacht, die jedoch mit einer Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags (sinkenden Krankenkassenprämien) kompensiert werden sollen. Zahlen will man im März-Landtag nachliefern. Entsprechend zurückhaltend sind die anderen Parteien auf «Volksblatt»-Anfrage. «Es tun sich etliche finanz-, wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Fragestellungen auf, die von den Kollegen der FBP überzeugend beantwortet werden müssen», sagt etwa der VU-Abgeordnete Christoph Wenaweser. Die Lösung der FBP kommt ohne Erhöhung des Rentenalters und ohne Mehrbelastung der Arbeitnehmer und -geber aus. Auch sieht sie keinen höheren Staatsbeitrag an die AHV vor, also «findet auch kein Anstieg des Exports von Steuergeldern ins Ausland statt», argumentiert die FBP-Fraktion. «Das suggeriert, dass Liechtensteiner/-innen benachteiligt werden, wenn der Staatsbeitrag an die AHV erhöht wird», widerspricht die Fraktion der Freien Liste. «Obwohl fast zwei Drittel der Anzahl an Renten an die Bezüger/-innen im Ausland ausgerichtet werden, fließen effektiv nur rund ein Drittel der Frankenbeträge ins Ausland.» Ein ungerechtfertigter Export von AHV-Leistungen sei also eine Mähr.

FBP präsentiert dreiteiligen Lösungsweg zur AHV-Sicherung

Gewinn Die FBP hat einen Vorschlag zur Sicherung der AHV eingebracht: Ohne Erhöhung des Rentenalters, ohne Mehrbelastung der Arbeitnehmer und -geber, ohne stärkeren Export von Steuergeldern ins Ausland – und die Rentner profitieren au

VON HANNES MATT

Das im Dezember veröffentlichte versicherungstechnische Gutachten hat festgestellt, dass Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV nötig werden. So ist der Fall eingetreten, dass deren Reserven über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten auf unter fünf Jahresausgaben sinken werden. Gute Ideen sind gefragt – möglichst solche, die nicht zum Nachteil der Bevölkerung ausfallen. Bereits im Januar liess die FBP wissen, dass sie momentan einer Erhöhung des Rentenalters ablehnend gegenübersteht. Als nachteilig erachten die FBP-Abgeordneten auch die Erhöhung des Staatsbeitrages an die AHV. Damit würde nämlich eine Steigerung des Exports an Steuergeldern ins Ausland einhergehen. Höhere Beitragsätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber kann sich



Kann der Vorschlag der FBP-Fraktion die langfristige Nachhaltigkeit des Landtags überzeugen? (Archivfoto: M7)

Am Dienstag hat die FBP-Fraktion ihren «Dreiteiler» zur Sicherung der AHV vorgestellt. (Faksimilie: VB)

Christoph Wenaweser (VU)

«Was vordergründig wie die eierlegende Wollmilchsau daherkommt, könnte sich letztendlich auch als unter Umständen gefährliche Mogelpackung erweisen. Nachdem mir nichts anderes als die Medienmitteilung vorliegt und die FBP ihren Vorschlag erst anlässlich der kommenden Landtagssitzung genauer vorzustellen gedenkt, sehe ich im Moment keinen Anlass und keine Möglichkeit, der Debatte medial vorzugreifen. Es tun sich allerdings etliche finanz-, wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Fragestellungen auf, die von den Kollegen der FBP überzeugend beantwortet werden müssen. Um flächendeckende Begeisterung auszulösen, müssen sie sich wohl noch gehörig ins Zeug legen. Schauen wir, ob es ihnen gelingt. Im Vorhinein wäre ich mir dessen noch nicht ganz so sicher, wie es in der Medienmitteilung der FBP klingt.»



Ado Vogt (DU)

«Grundsätzlich ist es begrüssenswert, wenn sich möglichst viele an der Diskussion beteiligen und Vorschläge einbringen. In der Kürze ist es uns nicht möglich, die genauen Modelle durchzurechnen und die jeweiligen Vor- und Nachteile abzuwägen. Festhalten muss ich aber, dass wir bei den Möglichkeiten, unsere eigenen Sozialwerke zu sanieren, mittlerweile stark eingeschränkt sind. Es dürfen keine Massnahmen getroffen werden, die die jeweiligen Versicherten unterschiedlich behandeln. Deshalb kommt es – wie hier – zu Vorschlägen, wo über's Kreuz gerechnet wird, will man die in Liechtenstein wohnhaften Versicherten gegenüber den Grenzgängern unterschiedlich behandeln. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Grenzgänger genau so viel einzahlen wie die in Liechtenstein Wohnhaften. Insofern muss zuerst politisch diskutiert werden, wohin der Weg gehen soll. Denn der Anteil der Grenzgänger hat in der Vergangenheit zugenommen und wird aller Voraussicht nach nicht abnehmen.»



Herbert Elkuch (DpL/NF)

«Der Vorschlag der FBP ist prüfungswert. Allerdings macht die FBP keine Angabe über die Höhe zur Kürzung der Finanzzuweisung an die Gemeinden und welche Gemeinden konkret betroffen wären. Ebenso nicht über die Höhe des Staatsbeitrages an die Krankenkasse und die Erhöhung der AHV-Beitragsätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dadurch kann derzeit nicht beurteilt werden, ob der FBP-Vorschlag die Mindestanforderung im Versicherungsgutachten erfüllt. Die Abgeordneten der DpL werden ihre Überlegung zur Stabilisierung der AHV und einer Teuerungszulage für Rentner an der öffentlichen Fraktionssitzung am 26. Februar um 19 Uhr im Landtagsgebäude vorstellen und in der Runde besprechen. Dabei kommt selbstverständlich auch die Variante der FBP zur Sprache.»

